

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Kofljanova 15 • Tel. 20705, 31460, Rothred. (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 57544

12. Jahrgang.

Freitag, 17. Juni 1932

Nr. 143.

Blutjustiz in Italien.

Zwei Todesurteile wegen angeblicher Attentatsvorbereitungen.

Rom, 16. Juni. Im Prozeß vor dem Sondergericht gegen Bobone und Genossen wegen eines angeblichen Attentatsversuches gegen Mussolini fällt das Sondergericht gestern spät nachts das Urteil. Im Sinne des Strafantrags des Generalstaatsanwaltes wurde Bobone zum Tode durch Erschießen, sechs weitere Mitangeklagte, darunter die Wiener Tänzerin Blaha, zu je 30 Jahren schwerer Kerkerhaft und zwei weitere Angeklagte zu je zehn Jahren Kerker verurteilt.

Heute fand vor demselben Gerichtshof die Verhandlung gegen Angelo Sbardellotto statt, der ebenfalls angeklagt ist, sich mit anderen Personen verschworen zu haben, um den Chef der italienischen Regierung zu töten. Im Verlauf des Verfahrens bestätigte Sbardellotto sein früheres Geständnis. Er wurde nach dem Plädoyer des Generalstaatsanwaltes zum Tode verurteilt.

Begnadigung abgelehnt!

Rom, 16. Juni. (Stefani.) Da die Gnaden-gesuche Bobones und Sbardellottos abschlägig beschieden wurden, werden die beiden Verurteilten morgen zeitig früh hingerichtet.

Die Mörder-Amnestie verzögert.

Ein Votum der Amnestiefreunde bei der Abstimmung.

Berlin, 16. Juni. Im preussischen Landtag kam es heute zur Abstimmung über die Amnestievorlage, die in der vom Rechtsausschuß angeordneten Fassung rund 30.000 Personen umfassen würde, darunter

525 Personen, die wegen Mord oder Totschlag verurteilt sind oder verfolgt werden, 79 Fälle von schwerer Körperverletzung und 15 Fälle schweren Raubes.

Bei der heutigen Abstimmung wurden zunächst die Abänderungsanträge abgestimmt. Darunter fand mit den Stimmen der Kommunisten ein sozialdemokratischer Antrag die Mehrheit, der Straferlass für Delikte aus wirtschaftlicher Notlage gewähren will. Anschließend hatten die Anhänger der Gesamtamnestie jedoch die Einleitung des Antrages übersehen, in der ausgesprochen wird, daß der Antrag die Ausschlußbeschlüsse mit ihrer umfassenden politischen Amnestie ersetzen wolle.

Als nun der amtierende Vizepräsident Wittmann erklärte, daß mit der Annahme dieses Antrages das Einleitungs des Rechtsausschusses samt allen übrigen Anträgen erledigt sei, protestierte die Rechte und auch die Kommunisten dagegen. Wittmann erklärte sich jedoch absetzende, die rechtskräftige Abstimmung zu wiederholen.

Im Reklamentrat, der daraufhin einberufen wurde, erklärten die Sozialdemokraten, sie würden durch ihren Einspruch die Wiederholung der Abstimmung in der heutigen Sitzung verhindern können. Schließlich einigte man sich dahin, daß der Amnestieentwurf neu eingebracht werde und der Landtag ihn in der nächsten Woche verabschieden solle.

Die Amnestie für Delikte aus wirtschaftlicher Not ist auf Grund des heute angenommenen sozialdemokratischen Antrages bereits beschlossen.

Der weitere Antrag der Rechte, die in Haft befindlichen als sogenannte „Bombenleger“ bekannten Bauernführer Claus Heim ufm. sofort zu entlassen, mit großer Mehrheit angenommen.

Der Ernst der Wirtschaftskrise in Frankreich

Kommt nicht nur in der Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zum Ausdruck, sondern auch in der Zahl der wegen Beschäftigungslosigkeit in ihre Heimat zurückkehrenden Ausländer. Nach den Feststellungen des Arbeitsministeriums haben in den ersten fünf Monaten des Jahres bereits über 60.000 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen, während im ganzen Jahre 1931 nur 92.000 ausgewandert sind. Da keine strenge Ausreisekontrolle besteht, werden die wirklichen Zahlen jedoch auf das Doppelte geschätzt. Neu eingewandert sind vom Januar bis Mai nur 14.000 ausländische Arbeiter.

Nur ein Feind: die Fascisten!

Bürgerfriedensangebot der SPD an die Kommunisten.

Berlin, 16. Juni. Die Eisenerne Front hat gestern den Reichstagswahlkampf mit Versammlungen in verschiedenen Teilen Berlins eröffnet. Eine bedeutsame Erklärung machte dabei der Führer der Berliner Sozialdemokraten Kunze. Er führte u. a. aus:

Wie auch immer der Ausgang der bevorstehenden Wahlen sein möge, die entscheidenden Kämpfe um die politische Macht werden doch auf außerparlamentarischem Boden ausgefochten werden. Das sage ich im vollsten Bewußtsein der schweren Bedeutung dieser Worte. In dieser entscheidenden Stunde des Machtkampfes um den Staat richte ich an die kommunistische Partei die Frage:

Sind die Kommunistenführer bereit, einen Bürgerfrieden bis zum 31. Juli mit uns zu schließen, u. zw. in der Form, daß während dieser Zeit sowohl die Führer der kommunistischen Partei, als auch die kommunistische Presse alle Angriffe auf die sozialdemokratische Partei unterlassen und nur einen Feind kennen: die Fascisten?

Wir erklären die Herren Schleicher und von Papen heute vor aller Öffentlichkeit als unsere Todfeinde und legen ihnen unsern jählichen Kampf an. Die Eisenerne Front ruft auf zum Kampfe unter dem Roten Banner.

„Politische Freiheit“ — für die SA-Rowdys.

Papen kann einsperren lassen, wen er will!

Berlin, 16. Juni. Die heute verlautbarte Notverordnung des Reichspräsidenten, die an die Stelle der alten Brüning'schen Notverordnung gegen politische Ausschreitungen tritt, will nach dem offiziellen Kommentar „die durch die früheren Notverordnungen erheblich eingeschränkte politische Freiheit der deutschen Staatsbürger namentlich für die wichtige bevorstehende Wahlentscheidung teilweise wieder aufheben.“

Dieses schöne Ziel soll durch die Aufhebung des Verbotes der „militärähnlichen“ Organisationen der Nationalsozialisten, also der SA, und der SS-Formationen erreicht werden. Dafür wird ein Reichsaufsichtsrat über alle derartigen Verbände ohne Unterschied der Parteirichtung statuiert.

Ebenso wird das Verbot öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel sowie der Agitationsfahrten auf Lastautos aufgehoben. Bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit können die Landes- und Polizeibehörden derartige Versammlungen aber trotzdem verbieten.

Dafür wird u. a. neu bestimmt, daß Personen bis zu drei Monaten in Polizeihaft genommen werden können, wenn es die „öffentliche Sicherheit“ erfordert. Neu ist auch die

Zeitungeinstellung für vier Wochen, falls durch die Verbreitung unwahrer oder entstellter Meldungen „lebenswichtige“ Interessen des Staates gefährdet werden.

Hindenburg erwartet...

Reichspräsident von Hindenburg hat im Zusammenhang mit dem Erlaß der politischen Notverordnung an den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, in dem er der Erwartung Ausdruck gibt, daß sich der politische Meinungsstreit in Deutschland künftig in ruhigeren Formen abspielen werde und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so sei er entschlossen, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.

Der Reichsinnenminister von Gahl hat in einer Pressebesprechung die Differenzen mit den süddeutschen Ländern hinsichtlich der Aufhebung des SA-Verbotes zu beklagend versucht und namentlich erklärt, von einer Wiederaufhebung der Mainlinie könne nie wieder die Rede sein; das Reich sei eine unzerstörbare Einheit.

werden für Bayern noch besondere polizeiliche Vorschriften ergehen.

Auch die badiische Regierung erklärt, daß das bereits bestehende Demonstrationsverbot durch die neue Notverordnung unberührt bleibt; ebenso wird auch das Verbot von Geländeübungen verlängert. Eine offizielle Erklärung des badiischen Staatspräsidenten erklärt die Aufhebung des SA-Verbotes als das Ansehen des Reichspräsidenten schädigend; das Verbot wäre nicht aufzuheben, sondern auf alle militärischen Verbände auszuweiten gewesen. Der badiische Staatspräsident lehne die Verantwortung für die Ruhe in Baden bei Aufhebung des SA-Verbotes ab.

Süddeutschland bleibt fest.

Die bayerische Regierung teilt amtlich mit, daß das bestehende Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich der Aufzüge und Propagandafahrten, gleichviel ob uniformiert oder nicht uniformiert, durch die neue Notverordnung des Reichspräsidenten unberührt bleibt. Politische Versammlungen unter freiem Himmel und politische Aufzüge jeder Art bleiben nach wie vor verboten. Ueber das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen

Lausanne — Rettung vor der Weltkatastrophe?

Ansprache Macdonalds bei der Konferenzöffnung.

Lausanne, 16. Juni. Die Lausanner Konferenz wurde heute vormittag im Renaissance-Saal des Hotels „Beaurivage“ in feierlicher Weise in Anwesenheit der Vertreter von fünfzehn Staaten eröffnet.

Nach Begrüßungsworten des schweizerischen Bundespräsidenten Motta ergriff als Vorsitzender Macdonald das Wort, der in sehr düsteren Worten die heutige Weltwirtschaftslage schilderte und in diesem Zusammenhang direkt von einer „Weltkatastrophe“ sprach.

Die Lebenshaltung heute an ein Staat nach dem andern müsse Einschränkungen des Außenhandels vornehmen, die die Abgaben noch verschlimmern. In diesem Ringkampf gebe es keinen Unterschied zwischen den Großmächten und den anderen Staaten; es handle sich um „ein System, das unter unseren Füßen zusammenbricht“.

Niemand könne sich beim Wiederaufbau fernhalten; eine Umkehr müsse gefordert werden und mit Notwendigkeit und ruhigen Herzen sei dies zu erreichen.

Heute liege nur ein Teil der Ursachen dieser Notlage zur Debatte; die finanzielle Erbschaft des Krieges, ihre Wirkungen auf die Weltwirtschaft, müßten durch ein Abkommen liquidiert werden.

Dies könne nicht das Ende der staatsmännlichen Arbeit sein, aber ein wirksamer Beginn. Verpflichtungen, die sich als unerfüllbar erwiesen hätten, müßten durch Uebereinkunft revidiert werden.

Er deutet weiter an, daß die Vereinigten Staaten nach Ueberwindung der gegenwärtigen Phase bei der Prüfung einiger der weiser geliebten Probleme mitarbeiten wollten. Ein Erfolg in Lausanne könne aber nicht voll geerntet werden ohne Erfolg bei der Abrüstungskonferenz in Genf.

In der Nachmittagssitzung wurde das Programm für morgen aufgestellt. Es wurde die Verantwortlichkeit der Beratungen vereinbart. Die Öffentlichkeit soll aber wieder hergesteilt werden, sobald greifbarere Ergebnisse vorliegen oder allgemeines Interesse besteht.

Reichskanzler von Papen wird morgen mit der Darlegung des deutschen Standpunktes beginnen. Ihm folgen Herriot, Chamberlain, Grandi und ein Vertreter Belgiens. Die Generaldebatte dürfte bereits morgen zu Ende gehen.

Heute mittags fand eine Zusammenkunft zwischen Reichskanzler von Papen und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot statt.

Führer und Bonzen.

Eine neue Lehre.

„Hitler ist der hervorragendste Redner der Gegenwart, der bedeutendste Organisator der Gegenwart, der bedeutendste Agitator der Gegenwart, der hervorragendste Staatswissenschaftler, der hervorragendste Schriftsteller im Weltteil, ein Phänomen der Weltgeschichte, ein sogenannter Säkulär-mensch.“

So war es in einem braunschweigischen Naziblatt zu lesen. Dem Sinne nach — nur mit größerem Ueberdruß — ist es der gleiche Personenstamm, den unsere Parteiführer betreiben. Da wimmelt es auch nur so von Säkulärmenschen, wie Orts-, Landes- und Reichsführern. Unlängst lasen wir, daß der Zerschauer Parteitag der Nationalsozialisten durch besondere Statutenänderung eine erhöhte Führerverantwortung eingeführt hat. Man weiß nur nicht recht, vor wem sie die höhere Verantwortung tragen. Denn der „Süddeutsche Beobachter“ vom 17. Wonnemond hat geschrieben: „Die Führung in allen Gliederungen der Organisation unterliegt Einzelpersönlichkeiten mit Verantwortung nach oben und Autorität nach unten. Die ihnen zur Seite stehenden Sachverständigen haben nur beratende Funktionen“. Demnach ist der „oberste Führer“ — Herr Jung zum Beispiel — überhaupt niemandem Rechenschaft schuldig. Die Geführten können sich, wenn ihnen etwas nicht paßt, höchstens beim Salzamt oder bei der Direktion der Tabakregie beschweren.

Das also ist die neue Lehre, die der Nationalsozialismus verkündet: Wer sich in seinen Reiben herdrückt, sei es durch Gebrüll, durch Selbstlob oder Anmaßung, ist ein Wunderkind des zwanzigsten Jahrhunderts. Holt der Jung eine Rede, so begehrt er eine heroische Tat. Fährt Krebs nach München, dann nur zu hochbedeutender Führerberatung. Koffert ein Nazi-Gewerkschafter Beiträge, so stärkt er den Kampfsinn der deutschen Freiheitsbewegung. Gründung einer Nazi-Ortsgruppe im Egerland ist Signal zum Aufbruch der Nation. Und jeder Protokollführer einer nationalsozialistischen Gemeindefraktion führt den ehernen Geißel deutscher Heldengeschichte.

So verschwenderisch die hehren Führer des Parteikrenzjages mit Eigentum umgehen, so sehr largen sie mit der Anerkennung fremder Leistung. Wer beispielsweise in der sozialdemokratischen Bewegung wirkt, sei es als einfacher Betriebsrat, als Sekretär, Abgeordneter oder Minister, ist schon durch sein Bestehen mit dem Sozialismus verbunden. Er gehört sodann zu dem Abscham der Menschheit, genannt „Bonzen“. Der „Tag“ war leuchtend so freundlich, eine sozusagen wissenschaftliche Erklärung des Bonzenbegriffes zu liefern. Sie sei noch einmal dem Schicksal alles Gedruckten, rasch vergessen zu werden, entriffen. Man las dort:

„Was ist also Bonzo?“ Nun, es ist, kurz gesagt, der zu Macht, Ehre und Reich gelangene sozialdemokratische Parteifunktionär. Eine Sorte von Kriegsgewinnern, die sich bis heute behauptet hat. Das Produkt eines Verfallsprozesses ehemaliger Revolutionäre. „Bonzo“ hat zu seinem wachsenden Sparkassenkonto mehr Vertrauen als zu dem alten Schmelzer des Karl Marx. Er sieht die Lösung der sozialen Frage darin, daß er möglichst viele Funktionen, die etwas tragen, in seiner Person vereinigt. Er ist besonders tüchtig im Kassieren von Spenden für Teilnahme an Tagungen und Kongressen, die mit einer schönen Entschädigung für den Sozialismus enden. Am 1. Mai geht er mit der weißen Weste, die er vorher in die chemische Färbungsfabrik (1) gegeben hat, gegen den Militarismus demonstrierend. Am Abend geht er ins Kino. Hier läßt er besonders die seinen Gesellschaftsfilme mit Billi Trisch und Lilian Harben.

Da soll noch ein schlächterer deutscher Arbeitsmann dem roten Bonzenpaß glauben. Sogar ins Kino gehen sie! Keines Nazifüh-

